

Beschluss des Landrats vom 24.09.2020

Nr. 557

16. Universität Basel als Arbeitgeberin in der Pflicht zur Einhaltung des Gleichstellungsgesetzes

2019/826; Protokoll: bw

Roman Brunner (SP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Roman Brunner (SP) ist ein wenig enttäuscht. Die Antwort des Regierungsrats ist unverbindlich und nichtssagend. Es ist aber schön, dass der Regierungsrat die klare Erwartung ausspricht, dass sich die Universität Basel als agile und moderne Arbeitgeberin an geltendes Recht hält und sich zudem an den höchsten Standards orientiert.

Begrüssenswert ist, dass die Universität Handlungsbedarf erkannt und bereits Massnahmen eingeleitet hat. Roman Brunner erwartet vom Regierungsrat, dass er – wenn schon nicht auf offiziellem Weg und öffentlich – auf einer informellen Ebene die eigenen Erwartungen der Universität gegenüber klar kommuniziert und deren Einhaltung auch einfordert.

Christina Jeanneret-Gris (FDP) unterstützt das Votum von Roman Brunner. Beim Thema Gleichstellung und somit indirekt der Frauenförderung handelt es sich eigentlich um das Hauptsteckenpferd von Andrea Schenker-Wicki, der Rektorin der Universität Basel.

Christina Jeanneret hat am Strategiebericht der Universität mitgearbeitet. Gleichstellung steht dort im Zentrum und die Rednerin hat den Eindruck, es sei allen ernst mit diesem Thema. Es ist bekannt, dass Stipendiatinnen ein Problem haben weiterzuarbeiten, sobald sie schwanger geworden sind. Ein Fall von einer Person ist Christina Jeanneret bekannt, die aufhören musste. Das darf nicht sein. Aus diesem Grund wird Regierungsrätin Monica Gschwind gebeten, zu intervenieren. Es ist zu erwarten, dass sie offene Türen einrennen wird.

Weiter ist die Votantin der Ansicht, es dürfe durchaus nach der Familienplanung gefragt werden, allerdings müsse dann auch entsprechend gehandelt werden.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) bestätigt die Aussage von Christina Jeanneret, wonach es sich beim Thema Gleichstellung um ein Steckenpferd der Unirektorin handle. An der letzten Sitzung des Universitätsrats wurde dies sehr lange und intensiv diskutiert. Der Regierungsrätin und dem Universitätsrat ist es ein grosses Anliegen, dass die Universität dieses Thema ernst nimmt und einen Schritt vorwärts macht.

://: Die Interpellation ist erledigt.
